



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 20.12.2018:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, *dan-news*, *lug-info* sowie *ukrinform*, *tass*, *sputnik* und *ria.ru*
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Lug-info.com: Die ukrainische Seite bei den Verhandlungen in Minsk hat den russischen Bürger Walerij Iwanow, der von Wachleuten eines Gefängnisses in Lwow zu Tode geprügelt wurde, in die Austauschliste für den Gefangenen austausch aufgenommen. Dies teilte die Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa mit.

Iwanow, der im Donbass auf Seiten der LVR gekämpft hatte, wurde in die Austauschliste bereits im Vorfeld des großen Austausches im Dezember 2017 aufgenommen. Aber im letzten Moment hat die Kiewer Regierung Iwanow aus der Gruppe der auszutauschenden Personen herausgenommen. „In der neuen Liste für den Austausch von Kiew ist der Name des in einem Lwower Gefängnis ermordeten Walerij Iwanow wie zuvor aufgeführt! In der Liste sind Menschen, die angeblich von der Ukraine vollständig verifiziert wurden, sie leben und sind bereit in die LVR übergeben zu werden“, berichtete Kobzewa.

Sie merkte an, dass die Liste „von der bevollmächtigten Vertreterin der Ukraine in der humanitären Untergruppe Irina Geraschtschenko eingereicht wurde und das zeugt nur von der Verantwortungslosigkeit und Gleichgültigkeit des Verhältnisses Kiews zum Austausch grundsätzlich“.

Dnr-online.ru: Bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe werden bei der heutigen Sitzung folgende Fragen erörtert:

- Im Rahmen der Untergruppe zur Sicherheit ist ein ernstes und problematisches Thema die Abstimmung der Wiederaufnahme der Seiten zur Einhaltung eines Regimes der Feueinstellung m Vorfeld der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage.
- Auf der Tagesordnung der Untergruppe zu humanitären Fragen steht eine Reihe praktischer Fragen des Austauschs festgehaltener Personen nach der Formel „alle Festgestellten gegen alle Festgestellten), sowie die Folgen der durch die Schuld der Ukraine nicht abgeschlossene Realisierung dieser Formel im Jahr 2017.
- In der Untergruppe zu ökonomischen Fragen sind die wichtigsten Themen die Einführung eines Mechanismus zur Zahlung der Renten, die Schulden der Ukraine gegenüber den Arbeitern der Eisenbahn und des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ sowie Fragen, die mit der Arbeit des Mobilfunkoperators Vodafone in den Republiken verbunden ist;
- die politische Untergruppe wird heute an der Aufhebung der Blockade der Diskussion zum besonderen Status arbeiten sowie Vorschläge für die Aktivierung der Arbeit im Verhandlungszyklus des nächsten Jahres behandeln.

Arbeitsgruppe zur Sicherheit:

Dnr-online.ru: 15:05: In Minsk konnte die allgemeine Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit bis jetzt nicht beginnen, teilte der Pressedienst des Außenministeriums der DVR mit. „Die Vertreter der ukrainischen Delegation verzögern vorsätzlich die Abstimmung der wichtigsten Frage im Vorfeld der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage – die Wiederaufnahme der Verpflichtungen der Seiten zur Einhaltung eines allumfassenden Regimes der Feueinstellung sowie die Abstimmung von begleitenden zusätzlichen Maßnahmen zu seiner Verstärkung und Kontrolle. Wir hoffen, dass die offensichtliche Notwendigkeit und die Hoffnung der friedlichen Bürger auf Ruhe trotz allem die politischen Ambitionen der ukrainischen Seite überwiegt“, erklärte die bevollmächtigte Vertreterin der DVR bei den Verhandlungen der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk Natalja Nikonorowa.

16:09: Bei der heutigen Sitzung der Gruppe zur Sicherheit, der letzten in diesem Jahr, haben die Vertreter der DVR und der LVR einen Vorschlag zur Einführung eines Waffenstillstands im Donbass ab dem 22. Dezember eingebracht.

„Wir haben Kiew vorgeschlagen, ein weiteres Regime der Feueinstellung im Donbass ab dem 22. Dezember 2018 einzuführen, damit die friedlichen Bürger auf beiden Seiten der Kontaktlinie in Ruhe und Frieden die Feiertage verbringen können. Im ganzen unterstützen wir den von der OSZE vorgeschlagenen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der Kontaktgruppe über den Waffenstillstand. Derzeit unternehmen die Vertreter der Republiken im zweiseitigen Format alle Anstrengungen, damit das heutige Treffen in Minsk positive Ergebnisse bringt“, teilte die bevollmächtigte Vertreterin der DVR Natalja Nikonorowa mit.

16:52: Die Gruppe zu Fragen der Sicherheit nach langen zweiseitigen Konsultationen, die durch die destruktive Position der ukrainischen Delegation hervorgerufen wurden, mit der gemeinsamen Arbeit begonnen. Aber auf der Sitzung haben die Vertreter Kiews demonstrativ den Verhandlungssaal verlassen und so ihre befehlende Bereitschaft zur Vereinbarung eines Waffenstillstands gezeigt. Der Koordinator von der OSZE-Mission Herr Apakan unternimmt alles möglichen Maßnahmen, damit die Sitzung fortgesetzt werden kann.

Lug-info.com: 14:53: „Formal haben sie (die Mitglieder der Untergruppe zur Sicherheit) versucht die (die Sitzung der Untergruppe) zu beginnen, aber von den zweiseitigen Konsultationen zur Sitzung überzugehen ist bisher nicht gelungen. Die Vertreter der Ukraine versuchen die Tagesordnung zu verhindern, die Erörterung der Schlüsselfragen – eine weitere Erklärung über die Unterstützung eines Regimes der Feueinstellung ab dem 22. Dezember und zusätzliche Maßnahmen zur Gewährleistung dieser Unterstützung – zu sabotieren“, teilte der Außenminister der DVR Wladislaw Dejnogo mit.

Dazu versuchen die Vertreter der Ukraine alle Mittel zu nutzen – vom Einbringen von Themen, die nicht in die Kompetenz der Minsker Verhandlungen fallen bis zum Kriegszustand, der nach den Versicherungen des offiziellen Vertreters Kiews in der Kontaktgruppe Jewgenij Martschuk sich in keiner Weise auf den Verlauf der Verhandlungen auswirken sollte, aber jetzt zur Sabotage einer Erklärung über den Waffenstillstand genutzt wird“.

16:38: „Die Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit ist beendet. Die ukrainische Seite hat sich geweigert, den Neujahrswaffenstillstand im Rahmen der Arbeitsgruppe zu erörtern“, teilte der Vertreter der LVR in der Untergruppe Roman Iwanow mit.

Ökonomische Untergruppe:

Dnr-online.ru: „Heute haben die Vertreter Kiews praktisch offen erklärt, dass der vom IKRK

vorgeschlagene reale Arbeitsmechanismus für die Rentenzahlungen wenig mobiler Bürger mit der ukrainischen Gesetzgebung nicht vereinbar ist. Auf dem Hintergrund dieser Erklärungen ist es besonders wichtig, eine offizielle schriftliche Position der ukrainischen Seite über die Varianten zur Gewährleistung der Zugänglichkeit der Renten- und Sozialzahlungen für Bürger, die auf den Territorien der Republiken leben, zu erhalten. Diese Forderung ist in den Minsker Vereinbarungen enthalten und genau dazu haben internationale Organisationen mehrfach aufgerufen.

Ich will daran erinnern, dass die ukrainische Seite so vorgegangen ist, nach wir vorgeschlagen haben, den genannten Mechanismus in der Praxis zu erproben“, teilte die bevollmächtigte Vertreterin der DVR Natalja Nikonorowa mit.

An der heutigen Sitzung nahm die Arbeits- und Sozialministerin der DVR Larissa Tolstykina als Expertin teil.

Dnr-online.ru: Während der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe haben sich die Vertreter der Republiken mit dem Vorschlag eines „Weihnachtswaffenstillstands“ im Vorfeld der Feiertage einverstanden erklärt, teilte die Vertreterin der DVR bei den Verhandlungen Natalja Nikonorowa mit.

„Leider haben die Vertreter des offiziellen Kiew eine äußerst destruktive Positionen bei der Abstimmung des Waffenstillstands eingenommen: im Grunde haben sie ohne haltbare Gründe die wichtigste Frage des heutigen Treffens zum Scheitern gebracht.

Dieser Umstand verweist direkt auf den Unwillen der ukrainischen Seite die Situation im Donbass friedliche zu lösen und zeugt von der Absicht des offiziellen Kiew in der nächsten Zeit aktive Kämpfe zu entfachen, um so den Kriegszustand zu verlängern. Davon zeugen die uns vorliegenden Informationen.

Wir sind äußerst beunruhigt über die kritische Situation und rufen die Führung der OSZE, die Garantenstaaten und die Weltöffentlichkeit auf, auf die ukrainische Regierung Einfluss zu nehmen, um möglichst schnell einen „Weihnachtswaffenstillstand“ abzuschließen“, erklärte Nikonorowa.

„Als Kompromissvariante hat der Koordinator von der OSZE Herr Sajdik den Seiten vorgeschlagen, am 27. Dezember eine Videokonferenz durchzuführen, in deren Rahmen der lang erwartete Waffenstillstand vereinbar werden soll. Wir hoffen, dass dies Initiative der Mission zu einem positiven Ergebnis führen wird und die ukrainische Aggression zurückhalten wird und die Menschen des Donbass ruhig die Winterfeiertage erleben können“, unterstrich sie.

Dan-news.info: Kommentar des Außenministeriums der DVR zu den Ergebnissen der letzten Sitzung der politischen Gruppe im Jahr 2018

Die letzte Sitzung der politischen Gruppe in Minsk im Jahr 2018 hat die unerfreulichen Ergebnisse des letzten Jahres zusammengetragen. Wegen der kontraproduktiven Positionen der ukrainischen Seite ist es uns in diesem Jahr nicht gelungen, wesentliche Bewegungen in irgendeinem der politischen Punkte des Maßnahmekomplexes zu erreichen. Am aktuellsten und grundlegendsten bleibt die Kompromissreihenfolge des Inkraftsetzens des Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass.

Dennoch finden die Vertreter der Ukraine wie zuvor Ausreden, um eine reale Erörterung dieser Frage zu verhindern. Auf der heutigen Sitzung wurde als Instrument zur Verzögerung des Verhandlungsprozesses von den Vertretern Kiews wieder die Forderung vorgetragen, die Tagesordnung zu verändern und neue Fragen aufzunehmen, die traditionsgemäß die Realisierung der Minsker Vereinbarungen nicht betreffen. Wir treten kategorisch gegen die Aushöhlung der durch einen Konsens der Kontaktgruppe vor mehr als einem Jahr bestätigte Tagesordnung ein und bestehen auf einer inhaltlichen Erörterung der Formel Steinmeiers.

Dabei ist es notwendig zu unterstreichen, dass es bei dem Treffen der Kontaktgruppe gelungen ist, eine zusätzliche Sitzung der politischen Gruppe am 16. Januar 2018 zu erreichen, die das Ziel hat ihre Arbeit zu aktivieren.

Die bevollmächtigte Vertreterin der DVR äußerte die Hoffnung darauf, dass es im nächsten Jahr

gelingen wird, positive Ergebnisse bei der Erfüllung der politischen Punkte zu erreichen, was nur möglich ist, falls die Sabotage der Verhandlungen von Seiten Kiews endet und eine konstruktive Arbeit an der bestätigten Tagesordnung erfolgt.

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego

Die Vertreter der Ukraine haben heute auf der Sitzung der Kontaktgruppe die Annahme einer Entscheidung zu einer der grundlegenden Fragen zum Scheitern gebracht: sie haben sich geweigert einen weiteren Waffenstillstand zu vereinbaren. Obwohl eine solche Vereinbarungen bereits auf dem vorangehenden Treffen erreicht worden war.

Der Vorschlag der LVR und der DVR für einen „Weihnachts“ waffenstillstand im Vorfeld der Neujahrs- und Weihnachtsfeiertag ab dem 22. Dezember hat sie kategorisch nicht zufriedengestellt. Wenn man über die Unterstützung des Waffenstillstands als solchem spricht, haben die Vertreter der Ukraine sich auf den gültigen Kriegszustand bezogen und erklärt, dass es nicht möglich ist, ein konkretes Datum zu vereinbaren: erst nach dessen Ende können sie einige Entscheidung treffen. Aber zusätzlich haben sie eine Reihe ultimativer Forderungen vorgebracht, die außerdem des Rahmen der Minsker Vereinbarungen sind und deutlich zu verstehen gaben, dass sie nicht die Absicht haben, einen Kompromiss zu erzielen.

Möglicherweise wird es gelingen, ein Datum auf der Videokonferenz der Untergruppe zu Sicherheit zu vereinbaren, die für den 27. Dezember geplant ist, und das, wenn die „Umstände“ sie nicht zwingen werden, wiederholt den Kriegszustand einzuführen.

Aber es ist offensichtlich, dass gerade im diesem Zeitraum, bis zum 27. Dezember, sie nicht bereit sind, den Befehl zu geben „nicht zu schießen“. Und das seinerseits bestärkt uns in der Überzeugung, dass die genannten „Umstände“ von ihnen selbst geschaffen werden – eine Aktivierung der Kämpfe, für die die Ukraine nach Angaben der OSZE-Berichte in den letzten Woche schwere Waffen und Panzertechnik an die Kontaktlinie verlegt.

Die heutige Position der Ukraine zur Frage des Waffenstillstands zeugt vom Fehlen einer Zielsetzung für eine friedliche Regelung des Konflikts im Donbass.

Solche offen kontraproduktiven Schritte des offiziellen Kiews müssen eine zuverlässige Bewertung von Seiten der Weltöffentlichkeit, der Führung der OSZE und der Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen erfahren. Nur ihre Einmischung kann die Ukraine in das Gleis von friedlichen Verhandlungen zurückbringen und sie zwingen in kürzester Frist einen „Weihnachts“ waffenstillstand zu vereinbaren.

Wir hoffen trotz allem, dass die vorgeschlagene Videokonferenz und die Unterstützung der Weltgemeinschaft den Einwohnern des Donbass die Möglichkeit geben wird, die Neujahrs- und Weihnachtsfeiertage, die Winterferien in Ruhe und Sicherheit zu verbringen.

Der Außenminister der LVR Wladislaw Dejnego

Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa auf einer Pressekonferenz am 20.12.2018

Aufgrund der destruktiven Position Kiews wurde keine Vereinbarung über einen Gefangenaustausch erzielt.

„Die Position der Ukraine, die festgehaltenen Personen in Kategorien aufzuteilen, widerspricht den Minsker Vereinbarungen, natürlich können wir dem nicht zustimmen“, unterstrich die Vertreterin der LVR.

„Die Frage der Übergabe von vor 2014 verurteilten Personen hat keinerlei Verbindung mit dem Verhandlungsprozess, diese Frage ist nicht auf der Tagesordnung von Minsk. Wenn die ukrainische Seite bereits ist, die weitere Zusammenarbeit in zweiseitiger Weise zu regeln, so wir wir bereit, in dieser Richtung zusammenzuarbeiten.“

„Die Frage, die noch erörtert wurde, ist die die Frage der Vermissten. Hier gelingt aufgrund der destruktiven Positionen der ukrainischen Seite nicht, eine Vereinbarung zu erzielen, deshalb arbeiten wir auf dem Gebiet bilateral.“

Die Vertreterin der LVR äußerte die Hoffnung darauf, dass die Weltöffentlichkeit auf die Lösung dieser Frage Einfluss nehmen wird.

Die Menschen in ukrainischer Gefangenschaft erhalten keine angemessene ärztliche Behandlung.

„Vor allem ist dies das Fehlen von ärztlicher Behandlung für die Menschen, weswegen sie faktisch gezwungen sind, dort einen langsamen Tod zu sterben.“

„Als Beispiel ein weiteres Mal der Tod von Ruslan Rybantschuk, der in den Kerkern des Untersuchungsgefängnisses von Starobelsk festgehalten wurde, dessen Freilassung wir seinerzeit angestrebt hatten. Aber leider wurde Ruslan aufgrund einer Krebserkrankung am Magen-Darm-Trakt von der ukrainischen Regierung aus dem Gefängnis entlassen, aber nach den Worten seiner Mutter, die uns anrief, um um Hilfe zu bitten, bereits in einem sehr ernsten Zustand. Im Januar 2017 starb Ruslan.“

Die Situation in den Untersuchungsgefängnissen und Gefängnissen in Bezug auf die Menschen, die im Zusammenhang mit dem Konflikt festgenommen wurden, hat sich nicht verändert.

„Bei der Sitzung der Kontaktgruppe wurde die Frage von Alexej Sidikow aufgeworfen, über ihn wurde mehrfach gesprochen, sowohl im Dezember 2017 als auch im Januar 2018. Zur Unterstützung von Sidikow wurden internationale Organisationen herangezogen, wie die UN-Kommission für Menschenrechte, das IKRK, sie haben ihn besucht. Alexej hat eine schwere Verletzung am Bein. In den Kerkern des Untersuchungsgefängnisses und im Gefängnis, wo er festgehalten wurde, wurde im qualifizierte ärztliche Behandlung vorenthalten. Die Frage, dass er am Bein operiert werden muss, zieht sich über ein ganzes Jahr hin.“

„Eine schlimme Sache geschah in Bezug auf Sidikow bei der Übergabe der Strafgefangenen, als Frau Denisowa mir vorschlug, dass Herr Poroschenko mit ihrer Unterstützung bereit sei, Personen zu begnadigen, an deren Freilassung wir interessiert seien, und sagte „Ihrem Sidikow droht, dass er das Bein verliert“. Und auf meine Frage bezüglich ärztlicher Behandlung antwortete sie, dass es sie gebe, dass es qualifiziertere Behandlung notwendig sei. Das heißt, es wurde klar gesagt, dass er diese Behandlung nicht erhalten wird.“

Dank mehrfach Anfragen hat schon im Januar-Februar 2018 der bevollmächtigte Vertreter Kiews in der humanitären Untergruppe Wiktor Medwedtschuk Initiative bezüglich der Bezahlung der Operation, die Sidikow benötigt, gezeigt.

„Aber leider wurde diese Möglichkeit durch die Person (der bevollmächtigten Vertreterin der Ukraine in der humanitären Untergruppe) Geraschtschenko nicht zur Verfügung gestellt und ich denke, das lief nicht ohne den Einfluss von Poroschenko. Und erst vor drei Wochen haben die Ärzte aus der Einrichtung, wo Sidikow festgehalten haben, sich an Medwedtschuk bezüglich der Überweisung des Geldes gewandt.“

„Die notwendige Summe wurde überwiesen und seit Montag ist Sidikow in einer medizinischen Einrichtung, wo nun so hoffen wir die Operation, die er seit einem Jahr benötigt, erfolgen wird und es gelingt ihm sein Bein zu erhalten.“

„In den Listen der LVR befinden sich 26 Bürger der RF, die wir austauschen möchten. Ihre Beteiligung am Konflikt war der politische Wille dieser Menschen, sie haben ihre Entscheidung selbst getroffen. Insbesondere hat Walerij Iwanow (ein russischer Freiwilliger, der auf Seiten der LVR gekämpft hat und im Gefängnis im ukrainischen Lwow ermordet wurde) dies offen erklärt.“

„Auf der Sitzung der humanitären Gruppe ist Frau Geraschtschenko erst nach der Pause erschienen, d.h. in der zweiten Hälfte. Frau Geraschtschenko ist eine Meisterin bei Aussprüchen. Sie ist eine Meisterin mit großen Buchstaben im Kontext dessen, dass sie, wenn sie auf den Sitzung der humanitären Gruppe fehlt, im Ergebnis der Sitzung Informationen in die sozialen Netze stellt, was in der Gruppe geschehen ist. 90 Prozent davon entspricht nicht der Wirklichkeit.

Und ich will ein weiteres Mal offiziell erklären, dass die Fragen, die Beziehungen der RF und der Ukraine betreffen, bei den Minsker Vereinbarungen niemals erörtert wurden: weder die Krime noch der Vorfall in der Meerenge von Kertsch.“

„Den Tod von Walerij Iwanow halten wir für einen Mord. Erstens war er Bürger RF, zweitens weil er sich im September im Gefängnis mutig gegenüber ukrainischen Journalisten äußerte. Dann wurde hinterhältig von Seiten der Ukraine am 17. Dezember in der Öffentlichkeit behauptet, dass

die RF schon seit zehn Tagen die Leiche ihres Bürger nicht entgegennimmt.“

„Von unserer Seite, durch mich, wird ein entsprechender Brief an die UN-Kommission für Menschenrechte, an die Vertretung des IKRK geschickt werden. Nach den Worten der ukrainischen Vertreter wird zum Todesfall von Walerij Iwanow ein Strafverfahren aufgenommen und eine Ermittlung erfolgen. In den Mitteilungen an die UN und das IKRK werden wir unsere Meinung äußern, damit sie sich in diese Ermittlung einschalten.“

„Außerdem bestehen wir auf der Übergabe der Leiche von Iwanow in der nächsten Zeit an die Führung der LVR.“